IV. Jahrg. / Nr. 90 / Preis für Groß-Berlin 20 Pfg. — Abend-Ausgabe — Mittwoch, den 23. Februar 1921

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Stallschreiberstr. 34/35 (Sprechz.: 5—6 Uhr) Telefon: Amt Moritzplatz 12579 — Erscheint zweimal täglich. Sonntags und Montags einmal. — Expedition und Inseratenannahme: Berlin S14, Stallschreiberstraße 34 35 (Telefon: Moritzplatz 12579)

Der Bezugspreis beträgt für Groß-Berlin 2 mal täglich frei ins Haus 18.— Mk. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Bezugspreis 10.— Mk. monatlich. Bei Zusendung unter Streifband für Deutschland und Oesterreich 16.50 Mk., als Brief 50.— Mk. Für Ausland unter Streifband 21.50 Mk., als Brief 50.— Mk; bei einmaliger Zustellung einschl. Porto und Versand.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Es wird berechnet die 6gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum mit 4.— Mk., Familien- und Organisationsanzeigen 3.— Mk. netto. — Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 90 Pfg., jedes weitere Wort 75 Pfg., bei Familien- und Organisationsanzeigen das fettgedruckte Wort 75 Pfg., jedes weitere Wort 45 Pfg. netto. — Reklamezeile 12 Mk.

## Das englisch-russische Handelsabkommen vor dem Abschluß

(T.U.) London, 23. Februar.

„Daily Mail" schreibt, daß dieser Tage Krassin in London zurückerwartet wird. Er hat von der Moskauer Regierung Vollmachten erhalten, die Verhandlungen über den englisch-russischen Handelsvertrag zu beendigen. In russischen Kreisen wird erklärt, daß beide Parteien mit einigen kleinen Änderungen des Vertrages einverstanden sind.

### Krassin über russische Wirtschaftspläne

(T.U.) Riga, 22. Februar. (Frankfurter Zeitung.)

Am Sonntag traf in Riga der nach London reisende Sowjetminister Krassin ein. Er bleibt einige Tage in Riga, um durch persönliche Verhandlungen mit dem polnischen Finanzminister Stoczkowski die viel umstrittene Goldfrage zu klären. In Moskau fand eine Konferenz sämtlicher russischer Handelsagenten statt, wobei Richtlinien für die im Frühjahr geplante Wiederaufnahme des Außenhandels festgelegt wurden. Ueber die Resultate der Beratungen erklärte Krassin in Riga, daß ein detaillierter Import- und Exportplan ausgearbeitet sei. Eingeführt werden soll nur das zur Hebung des Transportwesens, der Landwirtschaft und der Industrie Allernotwendigste. Den Versuch ausländischer Börsen, das russische Gold zu boykottieren, nennt Krassin eine goldene Blockade Rußlands. Rußland sei bereit, auf eine Propagandatätigkeit zu verzichten, sobald die Großmächte mit Moskau rechtmäßige Verträge abgeschlossen haben. In Berlin beabsichtigt Krassin Verhandlungen über aus Deutschland zu beziehende Waren zu führen. Nach London kehrt er mit neuen Vollmachten zurück, die ihn ermächtigen, den Vertrag mit England zu unterzeichnen, was durch gegenseitige Zugeständnisse beschleunigt und sicher im Laufe des März erfolgen werde.

### Eine beachtenswerte Kundgebung der russischen Sozialrevolutionäre

Das Zentralkomitee der Partei der russischen Sozialrevolutionäre nimmt in einem Manifest, das in Moskauer Zeitungen veröffentlicht wird, scharf Stellung gegen die russische Konstituante, die sich in Paris etabliert hat. In diesem Manifest lehnen die Sozialrevolutionäre alle Verantwortung für ihre Mitglieder ab, die sich an der Pariser Konferenz beteiligt haben. Sie fordern diese Mitglieder auf, sofort alle Beziehungen zur Konferenz abzubrechen, alle Funktionen niederzulegen, die sie dort übernommen haben, und erklären gleichzeitig für die Partei, daß alle Beschlüsse, die in Paris gefaßt wurden, schärfste Ablehnung erfahren. Sollten die an jener Konferenz beteiligten Parteimitglieder sich den im Manifest zum Ausdruck gebrachten Grundsätzen nicht fügen, so hätten sie ihren Ausschluß aus der Partei zu erwarten.

### Die diplomatischen Vertreter Rußlands erhalten das Monopolrecht

Die Dena meldet aus Moskau:

Die Sowjetregierung hat ihren diplomatischen Vertretern das Monopolrecht für die Ausfuhr aus Rußland gegeben und sie dadurch in die Lage versetzt, alle staatlichen Kredite, die zur Unterstützung der Propaganda notwendig sind, durch Handelsoperationen zu erhalten.

Der erste Teil der Meldung dürfte zutreffen, der zweite ist ganz offensichtlich erlogen. Da das Drängen der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern nach den Beziehungen mit Rußland immer stärker wird, sollen die Maßnahmen, die die Sowjetregierung zur Förderung der Beziehungen trifft, dadurch verdächtigt und hintertrieben werden, daß man sie als Maßnahmen „bolschewistischer Propaganda" hinstellt. Der Trick ist zu plump, als daß er bei den Arbeitern verfangen würde.

### Die Wirtschaftsorgane in der russischen Provinz

(Privattelegramm der „Roten Fahne".)

Zum Zwecke der Vereinigung und Festigung der wirtschaftlichen Tätigkeit des ganzen Sowjetapparats in der Provinz, und zwecks seiner Heranziehung zu örtlichen und allgemein staatlichen Aufgaben beschloß der Kongreß, bei den Gouvernementsexekutivkomitees Wirtschaftskonzilien zu veranstalten, um die Tätigkeit der Organisationen des Obersten Wirtschaftsrats, des Verpflegungskommissariats, des Arbeitskommissariats, des Finanzkommissariats in Einklang zu bringen. Die Sitzungen der Konzilien müssen mindestens zweimal im Monat stattfinden.

Die Zentral- und Hauptanstalten des Obersten Wirtschaftsrats werden in leitende Organe umgewandelt, die Ratschläge erteilen und die Arbeiten der Wirtschaftsräte in den Gouvernements auf Grund des einheitlichen staatlichen Wirtschaftsplans regeln und kontrollieren. Mit der unmittelbaren Verwaltung der Unternehmungen werden die Gouvernementswirtschaftsräte und ihre entsprechenden Abteilungen betraut. In unmittelbarer Verwaltung des Obersten Wirtschaftsrats und seiner Abteilung, der Haupt- und Zentralanstalten, verbleiben nur ausgesprochen vertrustete Unternehmungen, wie die großen Metallfabriken, Elektrizitätswerke und der Bergbau usw.

Die Ausarbeitung und Bestätigung der Produktionsprogramme und Verordnungspläne, und die allgemeine Leitung der gesamten Industrie obliegt dem Obersten Wirtschaftsrat und seiner Organe.

Eine gewerkschaftliche Tageszeitung in Sowjetrußland. Wie aus Moskau gemeldet wird, kündigt der Generalrat der russischen Gewerkschaften die Herausgabe einer Tageszeitung mit dem Titel „Trud" (Arbeit) an. Die Aufgabe dieser Zeitung wird die Einführung der Arbeitermassen in die Organisation des kommunistischen Staates und die Behandlung spezieller gewerkschaftlicher Fragen sein.

### Die Sowjetregierung gegen die Völkerbundstruppen im Wilnaer Gebiet

Tschitscherin hat der litauischen Regierung eine Note mit der Aufforderung zugehen lassen, dafür besorgt zu sein, daß die Zustände in Wilna von Sowjetrußland nicht als eine Gefahr angesehen werden mögen. Zu der Besetzung des Gebietes mit Völkerbundtruppen betont Sinowjew, daß zwischen dem Völkerbund und Sowjetrußland keinerlei Beziehungen bestehen, da einige Mitglieder des Völkerbundes der Sowjetregierung immer noch feindlich gegenüberstehen. Deshalb müsse die Sowjetregierung internationale Truppen als feindliche Soldaten ansehen. Die Sowjetregierung gibt der festen Ueberzeugung Ausdruck, daß die litauische Regierung nicht erlauben werde, daß das Gebiet von Wilna von Völkerbundstruppen besetzt wird. Die russische Regierung müßte das Erscheinen dieser Truppen als feindseligen Akt betrachten, der den Frieden mit Sowjetrußland bedrohe.

### Der Moskauer Sowjet ehrt das Andenken Krapotkins

(D.A.) Riga, 22. Februar.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Vollversammlung des dortigen Sowjets zur Ehrung des Andenkens des dahingeschiedenen Fürsten Krapotkin beschlossen, der Straße, in der Krapotkin geboren wurde, den Namen Krapotkinstraße zu geben, sein Moskauer Wohnhaus als Krapotkin-Museum einzurichten, der Staatsbibliothek den Namen Krapotkins zu geben, sein Sterbehaus in Dmitrow seiner Familie zu schenken, und eine Gesamtausgabe seiner Werke so rasch als möglich zu veranstalten.

## Braucht man die Judasse noch?

Mit einem Ernst, als ob das Schicksal der Welt davon abhängen würde, gehen die einzelnen Parteien an die schwere Arbeit des sich gegenseitig Anschnüffelns und Anbiedernsens, an das Ausrechnen ziffernmäßiger Mehrheiten usw., um durch Addition und Subtraktion die Grundlage oder gar die „moralische" Berechtigung für irgendeine der möglichen Regierungsbildungen in Preußen festzustellen. Als ob diese Konstruktionen irgend etwas an dem realen Kräfteverhältnis der Klassen, das natürlich im Parlament in keiner Weise richtig in Erscheinung treten kann, ändern würden und nicht im besten Falle ein Versuch wären, die Einstellung zu finden, die das Bürgertum angesichts des bestehenden Kräfteverhältnisses braucht, um der proletarischen Revolution am besten entgegenwirken zu können. Wenn uns an diesem ganzen Schacher irgend etwas interessiert, so ist es die Rolle, die dabei die Sozialverräter spielen dürfen, denn sie ist bezeichnend dafür, wie das Bürgertum seine Kraft und die gegenwärtige Situation einschätzt, oder richtiger, wie die einzelnen Schichten der Bourgeoisie darüber denken.

Von den Reaktionären wird die Anschauung vertreten, die Revolution sei bereits genügend abgebaut, um den Scheidemännern den wohlverdienten Fußtritt versetzen zu können. Sie wünschen im Reiche und in Preußen eine rein bürgerliche Regierung, von der sie annehmen, daß sie bald bayrischen Charakter gewinnen würde. Aber auch sie sind natürlich viel zu klug, um nicht zu sehen, daß die politische Entwicklung seit der Revolution zwei Seiten hat. Auf der einen Seite ist die politische, die Staatsmacht der Bourgeoisie dank des Verrates der Menschewisten wohl sehr erstarkt und durch die Verschärfung des Klassengegensatzes auch der Kampfwille der Bourgeoisie erstarkt, auf der anderen Seite steht aber diesem Verlustkonto der Revolution ein viel schwerer wiegendes Gewinnkonto im Erstarken der Kraft gegenüber, die der ganzen kapitalistischen Herrlichkeit den Rest geben wird, des revolutionären Willens im Proletariate. Und so sind selbst die reaktionären Kraftmeier von ganz rechts noch etwas bedenklich. Die „Post" z. B. spricht nur von der „Möglichkeit" einer solchen Regierung, die für Preußen „segensreich" wäre, fügt aber hinzu: „So wie die Dinge heute liegen, müßte sie von vornherein mit Widerständen rechnen, deren Stärke durchaus nicht unterschätzt werden soll."

Am bezeichnendsten ist die Haltung der gerissensten und klügsten bürgerlichen Partei, des Zentrums. Diese Partei hat in den Wahlen nur wenig gelitten, ihre Position ist aber durch den Rückgang der anderen Koalitionsparteien etwas verbessert. Sie kann an den verschiedensten Kombinationen teilnehmen, ist aber in jeder unentbehrlich. Diese Tatsache sucht sie auszunützen, um den Sozialdemokraten noch etwas mehr auszupressen als bisher, sie hütet sich aber wohl, dem Liebeswerben der äußersten Rechten jetzt schon Gehör zu schenken und die Sozialdemokraten ganz fallen zu lassen. Ihr führendes Blatt, die „Germania", schreibt:

„So stark auch die Verschiebungen innerhalb der Parteigruppen zur Rechten und zur Linken sein mögen, so hoch man die unverkennbare Ernüchterung im sozialistischen Lager, von der wir gestern sprachen, und die Zunahme der Deutschnationalen einschätzen mag, die Grundlage aller nachrevolutionären Politik in Deutschland ist unserer Meinung nach nicht zu erschüttern, daß gegen die Sozialdemokratie nicht regiert werden kann. Es bedarf kaum der näheren Erörterung, daß die Tatsache des Vorhandenseins eines rein bürgerlichen Kabinetts im Reich dieser Auffassung keineswegs widerspricht, denn die „Sozialistenreinheit" dieses Kabinetts ist nur eine Aeußerlichkeit.

Das Wesen der deutschen Reichsregierung ist da völlig zutreffend als eine verschleierte Koalition der Rechtssozialisten mit der Deutschen Volkspartei gekennzeichnet, und die Schwächung der Rechtssozialisten dazu auszunützen, eine solche offene oder versteckte Koalition auch in Preußen den Scheidemännern aufzunötigen, dazu, aber auch nur dazu scheinen dem Zentrum die Dinge bereits weit genug gediehen zu sein.

Ja, nicht nur das Zentrum, sondern alle Parteien, aus denen sich die deutsche Reichsregierung zusammensetzt, halten den Augenblick für günstig, um die Rechtssozialisten dazu zu zwingen, auch im Reiche die versteckte mit der offenen Koalitionspolitik zu vertauschen und vor aller Welt der monarchistischen Volkspartei den Versöhnungskuß zu verabreichen. Dagegen sperren sich die Rechtssozialisten natürlich aus allen Kräften. Sie fürchten, daß die Enthüllung der wahren Natur ihrer Politik wieder die Wähler vertreiben könnte, die eben neulich aus dem Hilferdinglager zurückkehrten. Aber bei allem Geschrei wagen sie doch nicht, ein unzweideutiges und entschlossenes Nein von sich zu geben. Denn schließlich verlangt man ja keine Aenderung ihrer Politik von ihnen, sondern nur eine Enthüllung. Aber die Dinge liegen so, daß man die Sozialdemokraten noch braucht, und wenn ihnen das Zentrum damit etwas abzupressen versucht, daß in Preußen schließlich andere Kombinationen möglich sind, so haben die Sozialdemokraten die Gegendrohung, die sie freilich nie wahrmachen würden, daß sie die Reichsregierung auch nicht mehr heimlich unterstützen würden. Der „Vorwärts" sagt sehr deutlich, wenn ihr allzuviel (d. h. allzuviel unangenehme Selbstentlarvung) von uns ver-

## Alle Augen sind auf sie gerichtet

### Die Konferenz der 2½-Internationale

(W.T.B.) Wien, 22. Februar.

Heute nachmittag trat die Internationale Sozialistenkonferenz unter dem Vorsitz Longuets (!) zusammen.

Dr. Friedrich Adler begrüßte im Namen des in Wien eingesetzten Komitees die Konferenz und bemerkte: Wir knüpfen die Konferenz an das an, was wir bis Juli 1914 als heilige Ueberzeugung festgehalten haben, daß die Proletarier aller Länder nur einen Feind haben, die Bourgeois aller Länder. In Besprechung der Aufgabe der Konferenz erklärte der Redner: Wir geben uns nicht der Illusion hin, als ob die Internationale mit einem Schlag wiederherstellbar wäre. Ebenso, wie in Genf oder Moskau, ist hier ein Drittel (!) des Weltproletariats vertreten. Man nennt uns höhnisch das Zentrum. Ja, wir sind das Zentrum. Wir sind in der gleichen Weise entfernt von der naiven Ungeduld Moskaus und dem skeptischen Unglauben der Zweiten Internationale Genfs. Die Politik von Moskau hat uns die schwierigsten Probleme gestellt. Die Zweite Internationale sehen wir mit anderen Augen an, weil wir wissen, welche historische Mission sie erfüllt hat. Wenn Moskaus Politik bei uns gesiegt hätte, so hätte es sicher keine Konferenz gegeben, sondern ein Regiment der Diktatur der Bourgeois wäre hier aufgerichtet worden, ein Regiment der Konterrevolution. Wir wollen nicht eine Internationale errichten, dazu ist die Zeit noch nicht reif, sondern wir wollen eine Arbeitsgemeinschaft von Parteien errichten, die sich zum Ziel gesetzt haben, ihre Arbeit intensiv einer Idee zu widmen, die das gesamte Weltproletariat umfaßt.

Longuet erwiderte namens der französischen Delegation und erklärte: Wir sind jetzt im Begriffe, ein Kristallisationszentrum zu schaffen, auf das alle Sozialisten die größten Hoffnungen setzen. In Moskau herrscht eine Kasernenatmosphäre. Es herrscht dort eine Auffassung, welche zahlreiche Sozialisten ausschließt, während man Leute ruft, die keine Sozialisten sind, Anarchisten oder Nationalisten des Orients, deren Ziele nichts gemein haben mit den Kämpfen des Sozialismus.

Sodann begrüßte der Bürgermeister der Stadt Wien, Neumann, namens der Mehrheit des Gemeinderates den Kongreß. Der Delegierte der Sozialisten von Serbien, Topalovic, stellte den Antrag, die bisherige Kommission, bestehend aus Adler, Grimm, Lebebour und Wallhead, als ständiges Präsidium zu bestellen. Der Antrag wurde angenommen.

„Wenn diese Politik bei uns gesiegt hätte", diese Politik der „naiven Ungeduld Moskaus" — dann hätte es sicher keine Wiederaufbauer-Internationale gegeben, die, wie Fr. Adler sehr richtig sagt, dort anknüpft, woran bis Juli 1914 festgehalten worden zwar als heilige Ueberzeugung, nämlich beim Glauben an den seligmachenden sozialdemokratischen Reformismus. Wie gut wäre doch etwas „Kasernenatmosphäre" für die geschniegelten Weichlinge dieser Konferenz a la Longuet und Genossen.